Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 13 (1933-1934)
Heft: 11

Artikel: Abbau der Demokratie
Autor: Schmid, Arthur
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-331840

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

währt. Damit wird eine Entwicklung eingeleitet, die eine wesentliche Voraussetzung des Erfolges des »Plans der Arbeit« bedeutet. Wer für die Kriseninitiative gewonnen und von der Notwendigkeit ihrer Forderungen überzeugt ist, kann den Plan nicht einfach in Bausch und Bogen verwerfen. Das wäre ein Widerspruch.

Die Initiative leitet eine neue politische Markierung ein, die von der Propaganda für den Plan zu festigen ist. Eine umfassende Durchführung der Initiativforderungen im einzelnen ist ohne eine gründliche Kräfteverschiebung in Parlament und Exekutive nicht vorzustellen. Die rein wirtschaftliche Fragestellung mündet damit auch in politische Auseinandersetzungen aus. Sie setzen ein mit der Kriseninitiative und werden gesteigert im Kampf um den »Plan der Arbeit«. Dieser wird unsere Plattform sein im Meinungsstreit um die kommende Verfassungsrevision. Er wappnet uns mit klaren und allseitigen Vorstellungen über die nötige Umgestaltung der Wirtschaft des Landes, die um so schärfer ins Licht treten, als die verschiedenen Bewegungen zur Totalrevision der Verfassung nur in ihrer geistigen Inhaltlosigkeit Gemeinsames haben.

Die Kriseninitiative liegt auf dem Wege zum »Plan der Arbeit«. Wer für sie eintritt, muß auch den Plan wollen. Und wer sich für den Plan einsetzt, kann die Initiative nicht ablehnen.

Abbau der Demokratie

Von Dr. Arthur Schmid.

I.

In jahrhundertelangen Kämpfen hat das Schweizervolk um Freiheitsrechte gerungen. Generationen haben dafür ihr Bestes gegeben. Aber nicht nur in der Schweiz, sondern auch in andern Ländern war das so. Freiheitsliebende Menschen wanderten aus England aus und gründeten Kolonien jenseits des Atlantischen Ozeans. In Amerika wurden die Freiheitsrechte geboren. In Europa fanden sie ihre begeisterten Anhänger. Die Französische Revolution kämpfte für Demokratie, für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Im 19. Jahrhundert sind bei uns *in der Schweiz* die *demokratischen Volksrechte in der Verfassung und den Gesetzen verankert* worden. Der junge freiheitsdurstige und mit großen Menschheitsidealen erfüllte Freisinn hat das werktätige Volk von damals vorwärts geführt, einer neuen, freiheitlich gesinnten Zeitepoche entgegen.

Auf wirtschaftlichem Gebiete hat die kapitalistische Entwicklung verhindert, daß demokratische Formen geschaffen wurden. Die Kinder und Kindeskinder freisinniger Freiheitskämpfer sind wohlhabende und satte Bourgeois geworden. Die Freiheitsrechte und die Ideale der jungen liberalistischen Bewegung gerieten in *Vergessenheit*. Reingewinn und erfolgreiche Geschäftstätigkeit traten an ihre Stelle. Hatte man die Abhängigkeit vom feudalen Grundherrn gelöst, so geriet das Volk je

länger je mehr in die Abhängigkeit des Großkapitals und der Bankherren. Die führenden Kreise der Bourgeoisie von heute legen auf die Freiheitsrechte und auf die formale Demokratie je länger je weniger Wert.

Der Monopolkapitalismus verlangt bedingungslose Unterwerfung. Ein neuer Feudalismus soll aufgerichtet werden. An Stelle der Grundherren von einst sollen die Gewaltigen der kapitalistischen Wirtschaft treten. Freiheitsrechte und Demokratie genieren die führenden Kreise der kapitalistischen Gesellschaft in ihren Bestrebungen. Deshalb reden sie abschätzig von dem, wofür Generationen jahrzehnte- und jahrhundertelang gekämpft haben. Die große Erbschaft des freiheitlich gesinnten Bürgertums hat nicht nur lässige Erben gefunden, sondern Erben, die das zerstören wollen, was ihre Väter mit ihrem Herzblut errungen haben. Man redet vom Mißbrauch der Presse- und der Versammlungsfreiheit. Man erklärt: der Parlamentarismus habe sich überlebt; wir brauchten eine starke Regierung; man könne jetzt nicht die alten und ausgefahrenen Geleise der bisherigen Methode weitergehen. Man müsse handeln. Handeln aber könnten nur einzelne. Deshalb müsse man diesen Vollmachten geben.

Man hetzt also gegen die Freiheit. Man macht die Demokratie verächtlich. Alles das sind *geistige Vorstufen des faschistischen und autoritären Staates.*

II.

Der niedergehende Kapitalismus hat die Welt in Krise und Elend gestürzt. Millionen sind arbeitslos. Millionen darben und Millionen hungern. Die wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften des arbeitenden Volkes stehen in Gefahr. Die Lebenshaltung sinkt. Was ist da natürlicher, als daß man in erster Linie seine *materielle Existenz verteidigt,* daß man gegen Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung kämpft. Was ist verständlicher, als daß Millionen von Menschen vorerst und oft ausschließlich nur an die *materiellen Forderungen* denken, daß ihnen die demokratischen Freiheitsrechte nicht gerade viel sagen.

Und doch sind die Freiheitsrechte das Ursprüngliche. Sie sind die Voraussetzung für den *erfolgreichen* Kampf um Brot und wirtschaftlichen Aufstieg. Das *Vereinsrecht* ermöglicht es, daß die Menschen sich zu Gewerkschaften, politischen Parteien, im Kampfe um die wirtschaftliche Besserstellung zusammenfinden. Die *Pressefreiheit* gibt ihnen die Möglichkeit, tagtäglich durch das gedruckte Wort ihre gerechten Forderungen zu vertreten. Die *Versammlungsfreiheit* ermöglicht es ihnen, durch das gesprochene Wort in jedem Momente die Menschenrechte und die wirtschaftlichen Forderungen vor Tausenden und aber Tausenden zu verteidigen und diese zu Mitstreitern im Kampfe um den Aufstieg der Menschheit zu machen. Die *Glaubens- und Gewissensfreiheit* befreit sie von der geistigen Bevormundung und ermöglicht ihnen, ihrem Gewissen und ihrem Verstande folgend, den Fortschritt geistig zu verankern. In die Dunkelheit des Aberglaubens und des blinden Gehorsams leuchtet das Licht der Erkenntnis und der Wahrheit.

Das Volk, das in einem demokratischen Staate lebt, kann sich selber Gesetze geben, und es kann ihm nicht zusagende Gesetzesvorschläge verwerfen. Das Volk ist sein *eigener* Gesetzgeber, sein eigener Herr und Meister. Es ist die höchste und letzte Instanz bei der Gestaltung der staatlichen Gemeinschaft.

III.

Wie schon erwähnt, haben die Nachkommen jener Parteien, welche einst für die Freiheit eingestanden sind, die Ideale ihrer Großväter und Urgroßväter vergessen. Nur wenige unter ihnen erkennen heute, da die faschistische Sklaverei die Kultur mancher Staaten zerstört, daß die Freiheitsrechte etwas Wertvolles sind. Aber diese wenigen sind nicht die Führer der kapitalistischen Parteien. So liegt denn die *Verteidigung des demokratischen Erbes und der erkämpften Freiheitsrechte in den Händen der Werktätigen.* Die Sozialdemokratie muß die Demokratie und die Volksrechte überall und in jedem Momente verteidigen. Sie darf keine Konzessionen auf diesem Gebiete machen, sonst wird sie *mitschuldig* am Abbau und eventuell am Untergang der politischen Demokratie.

Natürlich bedeutet die formale Demokratie noch keine absolute Garantie für den Aufstieg. Es kommt darauf an, in welchem Maße die Werktätigen von den ihnen zustehenden Rechten Gebrauch machen. Die politischen Freiheitsrechte geben an und für sich den Menschen noch kein Brot. Deshalb hat die Sozialdemokratie je und je verkündet, daß die Demokratie auf politischem Gebiete ausgebaut, zu einer *Wirtschaftsdemokratie* und damit erst zu einer *sozialen Demokratie* werden muß. Wir haben uns nie der Illusion hingegeben, daß diese Fortschritte uns wie reife Früchte mühelos in den Schoß fallen werden. Wir haben je und je dargetan, daß diese Weiterentwicklung der Demokratie nur das Ergebnis schwerer Kämpfe sein wird. Aber es wäre Verblendung, wenn man die errungenen Freiheiten gering achten würde, nur deshalb, weil wir noch nicht die soziale Demokratie errungen haben. Der Wert der Volksrechte und der demokratischen Einrichtungen ist seit Jahrzehnten nie so in Erscheinung getreten wie gerade jetzt. *Ein Volk, das seine demokratischen Rechte verliert, kommt unter die faschistische oder reaktionäre Diktatur* und hat zur Gestaltung seiner Lebensverhältnisse gar nichts mehr zu sagen. Durch ein Machtwort des Diktators werden unzähligen Menschen die wirtschaftlichen Errungenschaften von Jahrzehnten wegdekretiert. Deshalb sollten heute die Menschen erkennen lernen, daß die freiheitlichen Einrichtungen mit allen Mitteln verteidigt werden müssen.

IV.

Auch bei uns in der Schweiz hat der Abbau der Volksrechte begonnen. Der Weltkrieg brachte eine Situation, in welcher dem Bundesrat *Vollmachten zur Verteidigung des Landes* eingeräumt wurden. Aber die Epoche des Weltkrieges war noch erfüllt von dem Gedanken, daß die demokratischen Rechte unter keinen Umständen auf die Dauer tangiert

werden dürften. Die Nachkriegszeit zeigte, daß verschiedene Leute am *Regieren ohne Volksbefragung* Wohlgefallen gefunden hatten.

Wir sehen, wie man die *Zolltarifpositionen* verändert, ohne den ordentlichen Gesetzesweg zu beschreiten. Noch zu Beginn des Jahrhunderts hatte das Schweizervolk in einer gewaltigen und aufwühlenden Volksabstimmung um den neuen Zolltarif gerungen. Nach 1920 hat man dieses Recht, die Zölle durch das Volk zu bestimmen, unterhöhlt. Die Bundesversammlung gab dem Bundesrat Vollmachten, trotzdem sie kein Recht dazu hatte. Schließlich mußte das Volk in einer Initiative den Versuch machen, diesem Mißbrauch Einhalt zu gebieten. Dieser Versuch mißlang, weil man inzwischen die Menschen daran gewöhnt hatte, daß der Bundesrat von sich aus die Zölle vorläufig ändere, und weil man versprach, das Volk später entscheiden zu lassen. Die *Gewöhnung* an den vorübergehenden Mißbrauch und die *Versprechungen* auf die Zukunft waren es, die die Zollinitiative zu Fall brachten. Und nun diktiert seit 10 bis 15 Jahren der Bundesrat die Zollpositionen, über die das Schweizervolk zu entscheiden hätte.

Je mehr die Krise der letzten Jahre sich vertieft, je rasender der Sturm des wirtschaftlichen Niederganges tobt, um so mehr versucht man, das Volk vom Mitspracherecht auszuschalten. In verfassungswidriger Weise hat man das *Finanzprogramm* erlassen. Man hat ein *Warenhausgesetz* geschaffen und bei seinem Erlaß das Volk ausgeschaltet. Durch Rahmengesetze wie die Lex Häberlin versuchte man, dem Volke weitgehende Vollmachten auf dem Gebiete des Strafrechtes abzuhandeln, um so nachher durch Verordnungen und durch Richtersprüche die Herrschaft der Mächtigen befestigen zu können. Das Volk sagte nein. Trotz diesem eindeutigen Entscheid des Souveräns erließ der Bundesrat am 26. März 1934 in verfassungswidriger Weise eine *Presseverordnung*.

Nun versucht man auch auf dem Wege der Dringlichkeit und der Vollmachterteilung die *Bundesbahnen* zu »reorganisieren«. Das, was das freiheitliche Schweizervolk in jahrelangem Kampfe errungen hat, soll durch einen Parlamentsbeschluß zerstört werden. Auf allen möglichen Gebieten wird nach Vollmachten für den Bundesrat gerufen.

Wenn in dieser Weise weitergefahren wird, dann wird das der *Anfang vom Ende der Demokratie* sein. So hat man in Oesterreich ein Volksrecht um das andere abgeschafft, und das Ende war der Bürgerkrieg und die faschistische Diktatur.

V.

Die Erfahrungen der letzten Jahre im In- und im Auslande müssen wohlbeachtet werden. Sie sind ein *Mahnruf* für alle, welche die Entwicklung mit wachen Augen beobachtet haben. Deshalb müssen wir die *geistigen Kräfte des Volkes für die Verteidigung der Freiheitsrechte und die Demokratie mobilisieren.* Man darf nicht um eines scheinbaren Vorteils willen von demokratischen Errungenschaften abweichen. Man darf nicht auf das Streikrecht verzichten wegen eines Besoldungsgesetzes. Man darf nicht der Ausschaltung des Referendums zustimmen,

weil man eine Vorlage für annehmbar erachtet. Man darf nicht geringschätzig vom Volke reden, weil man annimmt, daß es einer Vorlage in der ersten Abstimmung nicht zustimmen wird, und deshalb wünschen, daß das Volk ausgeschaltet werde. Wenn man in einem Falle die Freiheitsrechte preisgibt, sie um eines materiellen Vorteils willen verhandelt, dann schwächt man die geistige Widerstandskraft der Massen, wenn es um Großes und Lebenswichtiges geht. Man stärkt die Position jener, welche die Freiheitsrechte der Vergangenheit liquidieren und den neuen Feudalismus aufrichten wollen.

Es gibt Leute, die die gründliche Aussprache des Parlamentes verurteilen, weil sie in nervöser Hast einen sofortigen Entscheid wollen, weil ihnen die Widerlegung von Einwendungen zuwider ist, weil sie überhaupt eine Erörterung von Problemen nicht mehr ertragen können, da sie glauben, es müßte jemand da sein, um sofort zu entscheiden. Sie reden deshalb davon, man könne die Demokratie auch »übertreiben«. Sie haben das Schlagwort vom »Mißbrauch der Demokratie« geprägt. Sie gehen mit den Sprüchen hausieren: das Volk sei in seinem Denken noch nicht so weit, daß es ihnen folgen könne, und die Zeit dränge, deshalb müßten diejenigen, die etwas verstehen, handeln. Solche Schlagworte und Sprüche haben in der letzten Zeit bis weit in die Kreise des arbeitenden Volkes hinein Gehör gefunden. Und doch sind diese Sprüche wie Gift; sie sind geeignet, die Menschen einzuschläfern, sie zu betäuben, sie sorglos zu machen. So tauschen viele das Linsengericht eines momentanen (und oft nur scheinbaren) materiellen Vorteils ein gegen das Erstgeburtsrecht, entscheidend mitzuwirken an dem Schicksal des Landes, des Volkes und damit an seinem eigenen Schicksal. Diese Mentalität ist eine Vorstufe faschistischer Gesinnung.

Wir Sozialdemokraten haben deshalb in allen wichtigen Fragen, auch beim Finanzprogramm, gegen den Abbau der Demokratie und gegen die Ausschaltung des Volkes gekämpft. Aber heute muß dieser Kampf gesteigert werden. Das Volk muß *wachsamer* sein als in der Vergangenheit, wenn seine Rechte in Frage stehen. Es muß geweckt werden. Besser ist eine übergroße Empfindlichkeit, wenn es sich um demokratische Rechte handelt, als Gleichgültigkeit oder Lässigkeit.

Wenn der Kurs des Abbaues der Volksrechte weitergeführt wird, dann wird eines Tages der Kampf um die Freiheit viel schwerer sein als heute. Dann wird es vielleicht schon zu spät sein, um die bescheidenen Reste der noch verbliebenen demokratischen Freiheiten zu verteidigen. Mit ihrem Abbau wird die Stunde der Diktatur schlagen und damit der Zerstörung dessen, was man an sozialen Fortschritten im Laufe von Jahrzehnten erkämpft und errungen hat.

Auch die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften müssen in der Zukunft wachsamer sein als in der Vergangenheit. Die Grundlage für den erfolgreichen Kampf um wirtschaftliche und soziale Postulate wird in der Zukunft ganz wesentlich von der Erhaltung der Demokratie und der Freiheitsrechte bedingt sein. So steigt die Bedeutung der Verteidigung der Demokratie in der Gegenwart gewaltig. In den Zeiten der normalen Entwicklung verflossener Jahr-

zehnte haben die Menschen die Bedeutung der Freiheitsrechte und der demokratischen Errungenschaften nicht mehr so gewürdigt, wie das wünschenswert gewesen wäre. Für sie waren diese Dinge Selbstverständlichkeiten. Und so, wie man das Wasser, das man im Ueberfluß besitzt, nicht besonders würdigt, so ging es mit dem geistigen Erbe gewaltiger Freiheitskämpfe der Vergangenheit. Heute, wo die Grundfesten menschlicher Kultur in Frage gestellt sind, erwacht das Verständnis wieder mehr und mehr für die Bedeutung dessen, was unsere Vorfahren einst erkämpften. Ihrer bei der Verteidigung dieser Kulturerrungenschaften würdig zu werden, muß unser Bestreben sein. Dazu braucht es aber in erster Linie die **Aufklärung** über die gewaltige Bedeutung der demokratischen und der Volksrechte. Aus dieser Erkenntnis resultiert der Wille zur Verteidigung. Daß das Volk nicht schläft und leicht geweckt werden kann, zeigt der 11. März 1934. Dieser Tag beweist auch, daß im Kampf gegen den Abbau der Demokratie gewaltige Erfolge möglich sind. Der Faschismus wird deshalb auch nachhaltig und entscheidend geschlagen, wenn man das Volk im Kampf für demokratische und Volksrechte geistig mobilisiert.

Zur Geschichte des „Geächteten" und des „Nordlichts"

Von Fritz Brügel.

Im Juli 1834 erschien die bedeutendste vormärzliche Emigrantenzeitschrift »Der Geächtete« zum ersten Mal; hinter ihr stand die Organisation des Bundes der Geächteten, der aus den Unterstützungsvereinen für die oppositionelle deutsche Presse hervorgegangen war. Mehring datiert die Begründung des Bundes 1834; aber ein im Wiener Staatsarchiv aufbewahrter Spitzelbericht gestattet die Annahme, daß der Bund bereits etliche Monate vorher, wenn auch noch nicht organisiert, seine Tätigkeit aufgenommen habe. In dem »Bericht über den in Paris bestehenden deutschen Verein« an die Polizeihofstelle vom 24. Februar 1834 wird von einem *Comité directeur* erzählt, das am ersten November 1833 konstituiert worden sei; dieses Comité directeur hat nach dem Spitzelbericht Verbindung mit revolutionären französischen Gruppen gehabt, gute Beziehungen zu Gruppen in Deutschland unterhalten und Druckschriften nach Deutschland geschmuggelt. In diesem Comité darf man wohl die erste Organisationsform des Bundes der Geächteten erblicken; es hatte folgende Mitglieder: 1. *Lobauer* aus Mainz, ehemaliger Redakteur des »Hochwächters«; 2. *Strohmeyer* von Mannheim, ehemaliger Redakteur des »Wächters am Rhein« (unter dem Decknamen *Linder* und *West* seit ungefähr 1842 Konfident der Metternichschen Polizei); 3. *Venedey* aus Köln, ehemaliger Redakteur des »Wächters am Rhein«; 4. *Johann Müller*, ehemaliger Professor der Philosophie; 5. *Eduard Müller* aus